

Mittwoch, 26.4., 19 Uhr, DGB-Haus:

Bündnis gegen Privatisierung

Ca 40 BürgerInnen haben am 3. April in der Verwaltungsstelle der IG-Metall/Ffm über einen notwendigen Widerstand gegen Privatisierungen in Frankfurt, über die Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbegehren beraten.

Mittlerweile wurde aus den laufenden Koalitionsverhandlungen von CDU und Grünen bekannt, dass diese beiden Parteien eine Senkung der Gewerbesteuer anvisieren. (Frankfurter Rundschau, 11.4.06, S. 24) Danach würde jährlich eine weitere Milliarde Euro im Stadtsäckel fehlen, die Verarmung unserer Stadt nähme zu. Es liegt auf der Hand, dass mit einer weiteren Verschuldung der Kommune auch weitere Privatisierungen diskutiert werden.

Konkret ist u.a. zu befürchten, dass es nicht bei der Rechtsformänderung der Städtischen Kliniken Höchst in eine gGmbH bleibt, sondern mittelfristig der Verkauf / Teilverkauf betrieben wird, dass PPP-Projekte bei diesem Krankenhaus anvisiert werden.

Wir wollen deshalb ein präventives Bürgerbegehren unter dem Motto "Gesundheit ist keine Ware" diskutieren, eine entsprechende politische und organisatorische Vorgehensweise beraten:

26. April, 19 Uhr im DGB Haus

W. Leuschner-Straße 69-77, Ffm

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- * Möglichkeiten, Grenzen, Verfahren bei Bürgerbegehren (Input: Volker Mittendorf, Uni Marburg)
- * Text: Bürgerbegehren
- * bündnispolitische Fragen
- * Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Erstellung von Materialien, Veranstaltungen, ...)
- * Bildung von Arbeitsgruppen, SprecherInnenkreis
- * Finanzen

Sehr gute Anregungen sind zu finden auf der homepage von ver.di Hamburg:

http://hamburg.verdi.de/politik2/politikbereiche/archiv/volksentscheid_-_gesundheit_ist_keine_ware

Selbstverständlich sind Ergänzungen möglich und erwünscht. Wir freuen uns auf regen Zuspruch!

Selbstverständlich kann diese Einladung weiterverbreitet werden.

Herzliche Grüße,

Marita Seifarth (Bürgerverein Griesheim) Angelika Wahl (attac Frankfurt)